

Zöllner will für Schüler viel ändern

Von Florentine Anders 28. Dezember 2008, 02:22 Uhr

Der Schulsenator möchte Gesamt-, Haupt- und Realschulen fusionieren. Das Projekt birgt Konfliktstoff. Es kostet Millionen, und viele Schulen müssten geschlossen werden

Allzu ruhig wird der Jahreswechsel für Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) wohl nicht. Schließlich hat er nichts Geringeres vor, als das gesamte Berliner Schulsystem umzukrempeln. Nach einem Jahr der Ankündigungen folgt für Zöllner nun das Jahr der Entscheidungen. Realschulen, Hauptschulen und Gesamtschulen sollen 2010 zu einer Regionalschule fusionieren. Was bisher vorsichtig als Diskussionsgrundlage bezeichnet wurde, wird nun vorbereitet.

Kurz vor Weihnachten gab die Linke den Plänen des Senators nach langem Zögern ihren Segen, und damit steht der Abstimmung im Abgeordnetenhaus nichts mehr im Wege. Schon im Januar will Zöllner seine Pläne konkretisieren und die Details der Öffentlichkeit vorstellen. Neben der neuen Regionalschule soll es künftig nur noch das Gymnasium geben. Etwa 50 Standorte müssen geschlossen, andere ausgebaut werden. Denn die neuen Oberschulen sollen mindestens mit vier Klassenzügen in einer Jahrgangsstufe an den Start gehen. Der Teufel steckt gerade hier im Detail. Denn wenn erst einmal bekannt wird, welche Schulen geschlossen werden, muss sich Zöllner auf heftigen Gegenwind von Eltern und Lehrern einstellen.

Proteststürme sind auch in einem weiteren Punkt zu erwarten: Die Zugangskriterien zu den Gymnasien werden verschärft, nur in welcher Form, ist noch nicht entschieden. Künftig soll es dagegen nicht mehr möglich sein, Schüler nach einem nicht bestandenen Probehalbjahr vom Gymnasium abzuschieben. Dafür sollen strengere Aufnahmebedingungen gelten. Im Gespräch sind ein Notendurchschnitt von 2,0 oder Aufnahmetests.

Bisher gilt das Elternwahlrecht. Selbst Schüler mit einer Hauptschulempfehlung konnten am Gymnasium angemeldet werden. Ein Platz war gesetzlich gesichert, wenn auch nicht immer an der Schule der Wahl. Diese Möglichkeit soll es künftig nicht mehr geben. Das Elternrecht wird damit empfindlich eingeschränkt.

Dafür soll es auch an den Regionalschulen die Möglichkeit geben, das Abitur zu machen, auf Wunsch auch in 12 oder 13 Jahren.

Wolfgang Harnischfeger, Schulleiter des Beethoven-Gymnasiums und Vorsitzender der Berliner Schulleiter-Vereinigung, befürchtet, dass schon zum Anmeldezeitpunkt im März 2009 die Gymnasien überrannt würden. Die Eltern fürchteten sich vor einem Reformchaos an den anderen weiterführenden Schulen. Harnischfeger plädiert dafür, einen Notenschnitt von 2,0 für den Zugang zum Gymnasium zu verlangen, darüber hinaus aber bei besonderen Begabungen, die dem Profil der Schule entsprechen, Aufnahmegespräche zuzulassen, auch wenn der Notenschnitt abweicht. Wer nun meint, die Gymnasien seien die letzten Bastionen, an denen bis auf das Probehalbjahr alles bleibt wie es war, der irrt.

Das eingeführte "Turbo-Abitur" in zwölf statt 13 Jahren läuft nicht so reibungslos wie geplant. Die Schüler leiden unter überfrachteten Stundenplänen und fehlender Freizeit. So gehört am Gymnasium ein Achtstunden-Tag

mittlerweile für viele Schüler zum Alltag. Dafür sind die Schulen jedoch nicht ausgestattet. Es fehlen vor allem Mensen und auch Räume zur Entspannung. Und jetzt sollen all diese Reformen auf einmal kommen.

Schulsanierungen sollen Berlins Bauwirtschaft vor der Krise bewahren. Dafür stellt der Senat 50 Millionen Euro zusätzlich bereit. Damit wird die dafür bisher eingeplante Summe verdoppelt. Auf Bundesebene wird über weitere Finanzhilfen für Schulsanierungen zur Belebung der Konjunktur beraten.

Weiteres Geld ist für Bildungssenator Jürgen Zöllner auch dringend nötig, will er seine Strukturreform realisieren. Von dem Ziel, die Reform möglichst kostenneutral zu gestalten, ist keine Rede mehr. Das ist schon deshalb nicht möglich, weil die neuen Regionalschulen zu Ganztagschulen werden sollen. Das heißt, die Schüler haben hier neben dem warmen Mittagessen auch eine Hausaufgabenbetreuung und Freizeitangebote am Nachmittag. Dafür sind Umbauten nötig. Die Bezirke rechnen mit Kosten von 90 Millionen Euro. "Die ganze Reform hängt davon ab, ob die Verwaltung rechtzeitig die baulichen Voraussetzungen schaffen kann", sagt Harnischfeger.

Damit das Geld zügig an die richtigen Stellen gelangt, hat Zöllner noch kurz vor Jahresende einen Personalwechsel auf höchster Ebene angekündigt. Sein bisheriger Staatssekretär Eckart Schlemm muss am 5. Januar gehen, für ihn kommt Claudia Zinke. Die Finanzexperte war bisher im Hause von Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) für die Geldverteilung an Schulen und Kitas zuständig.

Zusätzliche Kosten verursachen aber nicht nur die Bauarbeiten an Schulen, sondern auch das Personal. "Wenn an den Regionalschulen wie geplant die Klassengröße verringert wird, werden auch mehr Lehrer gebraucht", sagt Schulleiter Harnischfeger.

Schon jetzt warnt die Opposition, dass bei all den Strukturveränderungen die Qualität bei der Bildung auf der Strecke bleibe. Mieke Senfleben, bildungspolitische Sprecherin der FDP, fordert, Schulinspektionen sollten ausgeweitet werden und diese müssten auch Folgen haben. Schulen mit Problemen sollten zwei Jahre intensiv begleitet werden, so wie es beispielsweise in den Niederlanden der Fall sei. Strukturveränderungen würden wenig bringen, wenn die Lehrer es nicht schaffen, in heterogenen Gruppen zu unterrichten.

Die Iglu-Studie über das Lesevermögen der Viertklässler an Grundschulen hatte erst kürzlich gezeigt, dass Berlin eine Risikogruppe schlechter Leser von 25 Prozent hat. Im Bundesvergleich rangiert Berlin mit diesem Negativwert an der Spitze.

Den Lehrern gelingt es nicht, förderbedürftige Schüler mitzunehmen. Doch auch hier will Zöllner jetzt aufräumen. Für Januar hat er ein umfangreiches "Qualitätspaket" angekündigt. Wesentliche Punkte sind Fortbildung der Lehrer und Schulleiter. Die Unterrichtsmethoden müssen sich grundlegend ändern, wenn Schüler ganz verschiedener Leistungsniveaus in einer Klasse sitzen. Das gilt ebenso für die Grundschule wie für die neuen Regionalschulen.

Bei all den Großprojekten ist zu befürchten, dass Senator Zöllner die frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten aus den Augen verliert. Die Eltern werden jedoch dafür sorgen, dass auch die Großbaustelle Kita im kommenden Jahr in Angriff genommen wird. Sie haben mit einem Volksbegehren für eine bessere Personalausstattung der Kitas den Senat unter Zugzwang gesetzt. Der Berliner Verfassungsgerichtshof muss nun entscheiden, ob das Volksbegehren zulässig ist, nachdem es zunächst vom Senat abgelehnt wurde.

Die Initiatoren erwarten bis zum Frühjahr eine Entscheidung des Gerichts und sie sind zuversichtlich, dass diese Entscheidung zu ihren Gunsten ausgeht. Angesichts dieser Tatsache signalisieren Linkspartei und SPD schon jetzt, dass sie Forderungen aus dem Volksbegehren umsetzen wollen. Eine Summe von 71 Millionen Euro ist im Gespräch. "Wir werden zu Beginn des Jahres dafür sorgen, dass diese Absichtserklärungen eine verbindliche Gesetzesform erhalten", sagt Burkhard Entrup, Vorsitzender des Landeselternausschusses.
